



Antrag

Fraktion AfD

Auf dem linken Auge blind

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag missbilligt die Untätigkeit der Landesregierung gegenüber einer sich stetig steigernden politisch motivierten Gewaltanwendung des linken Spektrums gegen demokratische Parteien, politisch Andersdenkende und ihr Eigentum.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, linker Gewalt mit der gleichen Entschlossenheit entgegenzutreten wie gegen rechte Gewalt.

Der Minister für Inneres und Sport wird aufgefordert, mit geeigneten Maßnahmen der wehrhaften Demokratie den Rechtsstaat ohne Einschränkungen durchzusetzen, keine rechtsfreien Räume zu dulden und Ansätze linker radikaler terroristischer Strukturen in Sachsen-Anhalt zu zerschlagen.

Der Landtag rügt im Nachgang zu dem Aufmarsch linksextremistischer Gruppierungen und Personen in Salzwedel am 16. Mai 2018 die Untätigkeit und das Schweigen des Ministers für Inneres und Sport.

Begründung

Am 16. Mai 2018 kam es in Salzwedel zu einem Aufmarsch linker Gruppierungen und Personen, die gezielt die Wohnorte ihnen bekannter politischer Gegner aufsuchten. Zufällig anwesende Journalisten wurden bedroht.¹ Eine von dem Ereignis vollständig überforderte Polizei trat erst zwei Stunden nach Beginn des linken Aufmarsches passiv in Erscheinung. Sie bezifferte im Anschluss die verübten Sachbeschädigungen an Gebäuden und Fahrzeugen auf 4 000 €². Das überraschende Auftreten eines linksradikalen Mobs ist eine neue Eskalationsstufe. Politischer Terror wird nun nicht mehr im Schutz der Dunkelheit heimtückisch gegen Wahlkreisbüros und Fahr-

¹ <https://www.az-online.de/altmark/salzwedel/zwei-stunden-lang-anarchie-9880263.html>

² Ebd.

zeuge demokratischer Parteien verübt³, sondern der Rechtsstaat am helllichten Tage ungeniert herausgefordert.

Einem spontanen asylkritischen bürgerlichen Protest oder Flashmob wäre eine ganz andere mediale Berichterstattung und politische Bewertung zuteilgeworden. Stattdessen erfolgte bislang weder auf den Exzess in Salzwedel, noch auf die sich häufenden Anschläge auf Geschäftsstellen der AfD irgendeine erkennbare öffentliche Reaktion geschweige denn ein präventives Konzept des für die Innere Sicherheit zuständigen Ministers. Es hat den Anschein, als wolle der Minister für Inneres und Sport die Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des Rechtsstaats durch linke Politkriminelle bagatellisieren. Dabei ist es gerade bei dieser Tätergruppe angezeigt, durch entschlossenes Handeln den Irrglauben einer stillschweigenden Duldung ihres Handelns durch die Gesellschaft rechtzeitig zu zerstreuen.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender

³ Allein zwischen dem 16. und 23.05.2018 wurden vier Anschläge auf Wahlkreisbüros der AfD in Sachsen-Anhalt verübt.